

# Aufräumen!



André Fesser  
über den Müll in der Stadt

Jedem Kind bringt man mal bei, dass es sein Zimmer aufräumen muss. Dann weiß es irgendwann, dass Ordnung dem Leben Struktur verleiht und Sauberkeit der Gesundheit dient. Dann wird dieses Kind zum Erwachsenen und hält sich an die Lektion oder lässt es bleiben. Das darf der Erwachsene auch, denn in den eigenen vier Wänden kann er leben wie er möchte.

Außerhalb der privaten Zone gilt das nicht, aber das haben viele nicht verstanden. Geht man durch Straßen und Grünanlagen in Bremen, dann kommt einem das Grausen. Natürlich fällt einem mal was runter, und man hat nichts zur Hand, um es aufzunehmen – kann passieren. Aber die Unmengen von Freizeitmüll, die Hinterlassenschaften in Parks, an Deichen oder auf Plätzen dieser Stadt lassen sich nicht rechtfertigen. Lobenswert, dass sich in diesen Tagen viele Tausend Bürger im Rahmen von „Bremen räumt auf“ mit Tüte und Zange aufmachen und ihre Stadt um viele Tonnen Müll erleichtern. Doch viel wichtiger wäre es, dass der Müll gar nicht erst entstünde. Diesen Wunsch kann man sich sogar selbst erfüllen. Bericht Seite 10  
andre.fesser@weser-kurier.de



Mario Lars

# Nachbessern



Norbert Pfeifer  
über das Wahlrecht

Norbert Lammerts Vorpreschen kann niemanden überraschen. Schon in der ersten Sitzung des aktuellen Bundestages bat er die Abgeordneten, noch einmal gründlich über das Wahlrecht nachzudenken. Mehrfach hat er sein Anliegen wiederholt. Doch passiert ist nichts. Jetzt ist ihm der Kragen geplatzt.

Will sich da ein eitler Politiker wieder einmal wichtig machen, was viele Lammerts insgeheim vorwerfen? Nein. Das Wahlrecht ist sehr kompliziert. 598 Sitze – das ist die Sollgröße des Parlaments. Wegen Überhang- und Ausgleichsmandaten könnten es in Ausnahmefällen auch 700 oder 800 sein. Zahlreiche Abgeordnete dürften Schwierigkeiten haben, die Zusammenhänge ihren Wählern zu erklären. Wenn Bürger aber das Wahlrecht nicht verstehen, leidet auch die Akzeptanz.

Ein zu großes Parlament ist teuer und erschwert die Arbeit der Abgeordneten. Lammerts Vorschlag ist dennoch nicht der Weisheit letzter Schluss. Eine Obergrenze in Verbindung mit einem Vorrang der Direktmandate kann dazu führen, dass kleine Parteien benachteiligt werden – Direktmandate gewinnen nun mal in der Regel CDU, CSU und SPD. Intelligenter Modelle sind gefragt. Bericht Seite 4  
norbert.pfeifer@weser-kurier.de

# Eine Wahl wie eine Fata Morgana



Birgit Svensson  
über den Urnengang in Syrien

Eine Parlamentswahl, bei der keiner die Zahl der Wahlberechtigten kennt, bei der in weiten Teilen des Landes überhaupt nicht gewählt werden kann und bei der fast fünf Millionen geflohene Staatsbürger kein Stimmrecht haben. Das ist Syrien. Keiner weiß, wie viele von den ehemals 23 Millionen Einwohnern noch verblieben sind, seit vor nunmehr fünf Jahren der blutige Bürgerkrieg begann und seitdem das Land durch Bomben und Terror zerkürrt wird.

Auffällig war im Vorfeld dieser Wahl am Mittwoch die große Zahl der Frauen und Männer, die ihre Kandidatur zurückgezogen haben. Ursprünglich wollten sich rund 11 000 Syrer um einen Sitz im Parlament bewerben. Übrig geblieben sind etwa 3500. Es sei eine normale Angelegenheit, dass so viele Personen aufgegeben hätten, erklärte der Chef der Wahlkommission, Hisham al-Schaar. Sie hätten festgestellt, dass sie für die Wahl nicht geeignet seien und kaum Chancen hätten. So kann man die Frustration über eine Wahl, die eigentlich keine ist, auch ausdrücken.

Generell gilt das syrische Parlament als der Ort, an dem Assad und sein Regierungsclan ihre Politik von den 250 Abgeordneten abticken und jubeln lassen. Die Kammer – zuletzt vor vier Jahren gewählt – ist fest in der Hand der regierenden Baath-Partei, woran auch die neue Abstimmung nichts ändern dürfte.

Der Geist der Aufbruchstimmung des Jahres 2000, als Bashar al-Assad seinem verstorbenen Vater Hafez im Präsidentenamt nachfolgte und zum ersten Mal

gemäßigte Oppositionelle für die Wahlen kandidieren durften, Reformen der Baath-Partei in Aussicht gestellt wurden und das Land eine vorsichtige Öffnung Richtung Westen betrieb, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Die meisten Syrer, die in den vergangenen Jahren ihr Land verlassen haben, sind vor dem Terror des Regimes und nicht vor dem Terror der Daesch-Miliz geflohen. Dies belegen Umfragen unter Flüchtlingen in Europa, aber auch Erhebungen in Syrien selbst. Warum also die Farce einer Wahl, deren Resultat schon feststeht?

Das Regime um Machthaber Assad tut alles, um zumindest nach außen hin den Schein zu wahren und eine gewisse Normalität vorzuspielen. An Straßen und

nicht einmal direkt gegenüber. UN-Vermittler Staffan de Mistura machte vor Beginn der neuen Runde deutlich, er wolle jetzt in Genf zügig auf konkrete Fragen zu sprechen kommen. Ein zentrales Thema: freie und faire Wahlen für alle Syrer unter Aufsicht der Vereinten Nationen. In Damaskus dagegen hat man nicht den Eindruck, als ob die Abstimmung nur für ein Übergangsparlament abgehalten wurde, bis die Wahl unter internationaler Aufsicht stattfindet. Nicht auszudenken, dass letztendlich zwei Parallelveranstaltungen etabliert werden könnten. Libyen lässt grüßen.

„Suriyya al-Assad“, „Assads Syrien“ – mit dieser plakativen Formel lässt das syrische Regime keinen Zweifel daran, wem das Land gehört und auch weiterhin gehören soll. Assad und sein Clan geben sich als Retter vor der islamistischen Bedrohung aus, als Befreier von Palmyra. Auch wenn es nicht um die Wahl des Präsidenten geht, so war er doch im Wahlkampf omnipräsent.

Und immer mehr Menschen jubeln ihm zu. Seine Kritiker sind entweder tot, im Gefängnis, im Ausland oder in anderen Teilen Syriens, wo nicht gewählt werden kann, weil sie von Rebellen, von Daesch oder den Kurden kontrolliert werden. Seit einem Militärputsch 1970 herrschen die Assads in Syrien, indem sie ihre Macht auf drei Stützen bauen: das Militär, die Geheimdienste und die ursprünglich sozialistisch inspirierte arabisch-nationalistische Baath-Partei. Letztere wird aus den Wahlen gestärkt hervorgehen. Soviel steht fest.

politik@weser-kurier.de

Daesch

Der WESER-KURIER verwendet den Begriff „Islamischer Staat“ nicht, weil diese Terrorgruppe weder religiös motiviert noch ein Staat ist. Wir sprechen wie ihre Gegner von Daesch.

## Die Abstimmung wird als Störfuer für die Friedensgespräche gesehen.

Kreuzungen in der Hauptstadt Damaskus gibt es zahlreiche Wahlplakate. Männer und Frauen werben darauf für sich und eine bessere Zukunft des Landes. Es wirkt wie eine Fata Morgana in einer ansonsten vom Untergang befallenen Wüste. Verbissen wird ein Status quo festgehalten, den es schon lange nicht mehr gibt.

Allgemein wird die Abstimmung als Störfuer für die dritte Runde der Genfer Friedensgespräche gesehen, die am gleichen Tag begannen und an deren Fortschritt selbst Russland ein Interesse hat, das Assad ansonsten nach Kräften unterstützt. Bislang stecken die Verhandlungen im Anfangsstadium fest. Die Konfliktparteien saßen sich noch

## Kölner Stadt-Anzeiger

zum Streit über die Boni für VW-Manager: „Die Top-Manager des Volkswagen-Konzerns verzichten auf einen Teil ihrer millionenschweren Bonuszahlungen. Das ist ein fauler Kompromiss und vor allem ein Zeichen für Größenwahn und Realitätsverlust in der Führungsetage des Konzerns. Für Manager mit Ansehen und Realitätssinn kann es angesichts der Lage von VW nur eins geben: Verzicht, der auch als solcher für die „Betroffenen“ spürbar wird und weit über eine Kürzung um ein Drittel hinausgeht. Also eine echte Nullrunde.“

## Rhein-Zeitung

aus Koblenz über die Speicherung von Fluggastdaten: „Brüssel hat gelehrt: Fahndungsspannen bekämpft man nicht mit noch mehr Daten. Wenn Polizeibeamte wichtige Warnungen nicht weitergeben, wenn Dienste sich zwar gegenseitig informieren, aber nicht die gleiche Sprache sprechen, weil man sich uneinig ist, wer als Gefährder einzustufen ist – dann sind das keine harmlosen Pannen mehr, sondern schwere Versäumnisse. Solche Fehler können im schlimmsten Fall Opfer fordern.“

## Neue Osnabrücker Zeitung

schreibt zum Fall Böhmermann: „Einen Schönheitsfehler hat das deutsche Recht: Es ist der Paragraph 103, der die Strafverfolgung bei einer Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter regelt. Dieser Paragraph sollte ersatzlos gestrichen werden. Denn er macht Politiker, sogar Diktatoren, zu besonders herausgehobenen Personen, wo doch vor dem Gesetz alle gleich sein sollen. Und er stellt einen Verstoß gegen die Gewaltenteilung dar, da die Regierung entscheiden muss, ob sie dem Strafverlangen eines anderen Staates nachgibt.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Smartphone, Tablet und der kostenlosen App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen. Scannen Sie dazu bitte das Artikel-Bild.

**WESER KURIER**  
BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH

**Bremer Nachrichten**  
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE  
unabhängig und überparteilich

**Verdener Nachrichten**  
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN  
unabhängig und überparteilich

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinststraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführende Redakteure:  
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - **Chefreporter Kultur/Medien:**  
Dr. Hendrik Werner - **Politik:** Joerg Helge Wagner - **Bremen:**  
André Fesser (Komm.), Wirtschaft: Philipp Jaklin - **Kultur:**  
Iris Hetscher - **Sport:** Marc Hagedorn - **Regionaleitung:** Peter Voith  
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube  
Layout: Stephan Meinking - **Redaktionelle Projekte:**  
Stefan Dammann - **Büro Berlin:** Jochen Artzt (Leitung)  
**Büro Hannover:** Peter Mlodoch - **Büro Hamburg:** Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum  
monatlich 31,90 € einschließl. 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:  
Tanja Bittner, Vincent Koss  
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:  
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis  
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von  
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von  
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser  
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:  
Telefon: 04 21 / 36 71 0      Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service:  
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77      Telefax: 04 21 / 36 71 10 20  
E-Mail: abonntenservice@weser-kurier.de  
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):  
Telefon: 0800 / 36 71 22 2  
\*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:  
Telefon: 04 21 / 36 71 0      Telefax: 04 21 / 36 71 10 00  
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de  
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:  
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55  
Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)  
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)  
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de  
anzeigen@bremer-nachrichten.de

# Europa braucht Instrumente gegen Dumping

Bernd Lange  
über Chinas Rolle im Welthandel

China ist keine Marktwirtschaft – das ist unstrittig. Zu groß ist die staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft, zu offensichtlich die Förderung von Unternehmen durch die Staatskasse. Chinesische Preise sind offensichtlich stark verzerrt und geben ein falsches Bild der Herstellungskosten wieder.

Paradoxe Weise ist dennoch eine der großen handelspolitischen Fragen in diesem Jahr, ob die EU China ab Ende 2016 als Marktwirtschaft behandeln muss. Hintergrund dafür ist das Beitrittsprotokoll Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO). Das Dokument regelt die Berechnungsgrundlage für Anti-Dumping-Fälle gegen

China und erlaubt der EU, auf Preise aus Drittstaaten zurückzugreifen, um die wahren Produktionskosten chinesischer Produkte zu ermitteln und hohe Strafzölle auf viele chinesische Importe zu erheben. So kann Dumping bekämpft werden. Der entscheidende Absatz aus diesem Protokoll, der explizit die eben beschriebene Methode erwähnt, erlischt jedoch im Dezember dieses Jahres. Dadurch entsteht eine Grauzone. Im Kontext der derzeitigen Stahlkrise gewinnt diese Frage an Brisanz.

Wie geht es nun weiter? Außer Frage steht, dass jede Lösung des Problems WTO-Recht respektieren muss. Als vehemente Verfechter eines regelbasierten multilateralen Handelssystems sollten gerade wir Europäer uns an die Regeln halten. Aufgrund der Veränderung des Protokolls wäre ein Weitermachen wie bisher keine Möglichkeit und würde sicherlich heftige Gegenreaktionen hervorrufen. China ein-

fach als Marktwirtschaft zu behandeln ist ebenfalls denkbar. Denn die Konsequenzen wären kaum noch Dumpingfälle und keine oder sehr niedrige Strafzölle – unsere Instrumente zum Handelsschutz würden ihren Namen nicht mehr verdienen. Dies ist keine Option, die wir Sozialdemokraten mittragen werden. Wir müssen unsere Wirtschaft effektiv vor unfairen Handelspraktiken zu schützen, um europäische Arbeitsplätze zu sichern.

Deshalb brauchen wir ein modernes und flexibles Handwerkszeug zum Schutz vor Dumping und Missbrauch von Subventionen. Die EU-Staaten müssen endlich ihre seit April 2014 bestehende Blockade der Modernisierung der EU-Instrumente zum Handelsschutz aufgeben. Denn mit effektiveren Instrumenten hätte schon mancher Schaden von der europäischen Industrie abgewendet werden können – gerade im Stahlbereich. Zum anderen müssen wir

schnell, vor dem 11. Dezember, eine alternative Berechnungsmethode für Dumpingfälle aus Ländern wie China vereinbaren, damit Dumping und Subventionsmissbrauch aufgedeckt und mit Strafzöllen belegt werden können. Die neue Methode muss den Regeln der WTO entsprechen und anerkennen, dass die Preise in China nicht vom Markt gesetzt werden.



Unser Gastautor war von 1994 bis 2004 und ist erneut seit 2009 Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Der SPD-Politiker ist Vorsitzender des Handelsausschusses, er gilt auch als Experte für das TTIP-Abkommen. Lange lebt in Burgdorf bei Hannover.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.